



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 15. Februar 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*12. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 14. Februar 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nimmt folgende **Berichte der Landesregierung** abschließend zur Kenntnis:

- Wohnverhältnisse der Seniorinnen und Senioren in Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/335](#)
- Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/418](#).

Vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Innen- und Rechtsausschusses empfiehlt der federführende Sozialausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Ausführungsgesetzes zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz** (AG-GKV-VStG), [Drucksache 18/296](#), unverändert anzunehmen.

Bezüglich des Antrags der Fraktion der CDU, **Modellprojekt Familien- und Nachbarschaftszentren einführen**, [Drucksache 18/422](#), empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN, den Antrag abzulehnen.

Zu folgenden Vorlagen beschloss der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen, wobei die Anzuhörenden bis zum 20. Februar 2013 benannt werden sollen und den Anzuhörenden vier Wochen Frist für die Vorlage der Stellungnahme gegeben werden soll:

- **Erlass eines Förderprogramms zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum**
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/286](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/436](#)

Schriftliche Stellungnahmen sollen ebenfalls zum Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Rechtliche Rahmenbedingungen für Assistenzhunde schaffen**, [Drucksache 18/318](#) (neu), eingeholt werden. Die Anzuhörenden sollen bis zum 22. Februar 2013 benannt werden, die Anhörungsfrist beträgt sechs Wochen.

Außerdem kam der Ausschuss überein, zu seiner nächsten Sitzung Vertreter eines Oranje Huis aus den Niederlanden sowie Vertreter der AWO einzuladen, um sich über das Konzept der Oranje Huis zu informieren.

Schluss: 15:40 Uhr

gez. i. V. Dörte Schönfelder